

16./X. 1915

## Gewerkschaften und Sozialdemokratie gegen den Kriegswucher.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben dieser Tage dem Reichskanzler eine Zuschrift übermittelt, in der es u. a. heißt:

„Die Unterzeichneten nehmen erneut Anlaß, die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf die unerträgliche Preissteigerung unserer Nahrungsmittel zu lenken. Unser Volk steht vor einer ernststen Gefahr, die abzuwenden eine wichtige Aufgabe der inneren Politik ist. Zu den vielen Opfern, die das deutsche Volk heute bringt, sind die ihm hier auferlegten nicht aus dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert, noch weniger sind sie als unvermeidlich zu bezeichnen. An Lebensmitteln haben wir gegenwärtig keinen Ueberfluß, aber doch auch soviel zur Verfügung, daß wir im allgemeinen vor einer Hungersnot geschützt sind. Wir werden auf den Konsum einiger Artikel in höherem Maße Verzicht leisten müssen, weil hier die Inlandsproduktion den Bedarf nicht decken kann, aber wir haben zum Glück Ersatz in anderen Nahrungsmitteln, um den Fehlbetrag decken zu können. Noch immer begegnen wir indes der Ansicht, daß die Bevölkerung zur Sparsamkeit im Konsum erzogen werden müsse, und dies am ehesten durch hohe Preise geschehen könne.

Dieser Tatsache müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

Wenn gegenwärtig in Berlin das Pfund Butter bereits 2,80 M. und Schmalz 2,40 M. kosten, so bedeutet diese Preissteigerung, daß die ärmere Bevölkerung vom Konsum von Butter und Schmalz ausgeschlossen wird, ohne daß die Wohlhabenden zur Einschränkung gezwungen wären. Es ist einfach unmöglich, daß von den Arbeitern, den Angestellten und weiten Kreisen des Kleinbürgertums solche Preise gezahlt werden. . . . Kann es da einem Zweifel unterliegen, daß unsere Bevölkerung Einbuße erleidet an eiweiß- und fetthaltiger Nahrung, das heißt unterernährt ist?

Furchtbar sind die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer, die fortgesetzt an uns gelangen. Alle private Wohltätigkeit vermag nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingetreten ist. Verzweiflungsvoll wird die Lage, wenn Krankheit in der Familie den Verdienst der Frau schmälert oder die Krankheit der Frau ihn vollständig aufhebt. Wie soll mit der geringen Unterstützung ohne Verdienst der Frau die Familie durchkommen? Bei den jetzigen Preisen ist es unmöglich; hier leidet Hunger und Entbehrung in die Familie ein, und das zu all dem Leid, der Sorge und Angst um den, der draußen sein Leben einsetzt für das Wohl und Wehe des Landes!

Mit all den Notleidenden müssen wir den bitteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessengruppe gibt, die achtlos an diesem Jammer vorbeigeht, ja, denen diese Preislage noch nicht hoch genug ist.

Klingt es nicht wie ein Hohn auf die Lage der ärmeren Volksklassen, wenn heute eine Aktiengesellschaft nach der anderen ihre hochgestiegenen Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekannt gibt? Das ist ein Beweis, wie strupellos die wirtschaftliche Notlage ausgegült wird und wie dringend notwendig der energische Eingriff des Reiches ist.

Die Androhung mit dem Wuchergesetz, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfeststellungen usw. schützen uns nicht vor Preistreibern, weil der Wucher nicht zu fassen ist; der Schleichwege sind diese und die Grenzen für zulässige Ueberschneidung sind weit gezogen.

Wir bestreiten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirte erheblich gesteigerte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Umfrage auf einer Anzahl großer Güter in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichgeblieben sind, Lohnerhöhungen über 20 bis 30 Pf. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle des Mannes ist die billigere Frauenarbeit getreten, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die aus der Bereitstellung der Gefangenen für die Großgrundbesitzer besonders erwachsen. . . .

Die Schweinepreise sind über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unseren früheren Eingaben darauf hingewiesen, wie notwendig Höchstpreise für Vieh sind, denn die freie Marktlage muß hier eine wüste Preistreiberei hervorrufen, da es natürlich an einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß für die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache aufwenden müssen. Nein, es ist die strupellose Ausübung der Notlage, die zu solchen Wucherpreisen führt. . . . Für die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unberechtigte Begehren von Leuten maßgebend sein, die immer nur im engen Bannkreis ihrer Interessen sich bewegen. Im übrigen verkennen wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielmehr als beklagenswert anerkennen.

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. . . . Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preistreiberei noch nicht abzusehen, wir haben mit weiterem Hinausschrauben der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fetten läßt es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen, wie bei der Brotversorgung. . . .

Große Sorge bereitet uns die Milchproduktion und die Preissteigerung für dieses so wichtige und unentbehrliche Nahrungsmittel. Wir hatten bei früheren Besprechungen im Reichsamt des Innern empfohlen, daß durch Vermittlung von dieser Stelle mit den Organisationen der Milchproduzenten verhandelt werde, um ihre Anforderungen zurückzudrängen. Anscheinend ist nichts unternommen, denn wir haben bereits die befürchtete Preissteigerung.

Die Antwort, welche Euer Excellenz dem Vorstande der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses auf seine Eingabe erteilt hat, läßt zwar die Absicht erkennen, die schwierige Lage namentlich der unbemittelten Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern. Die bisher ergriffenen Maßregeln erscheinen aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Die neuerdings zur Regelung der Kartoffelversorgung berufene Organisation kann auf ihrem besonderen Gebiete gewiß mancherlei Gutes schaffen, zu einer wirksamen Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wird auch sie nicht imstande sein.

Von der größten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der günstigen Ernte hat die Bevölkerung ein Anrecht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preislage für alle

anderen Nahrungsmittel die Kartoffel für die ärmere Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf den Markt gelangen muß.

Dringend ersuchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpräparate. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie sichern den Unternehmungen nur unerhörte Gewinne. Die hohe Preislage für diese Produkte dient nur zur höheren Bewertung der Fabrikkartoffel und damit wieder zu Preistreibern für die Eckartoffel.

Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höheren Produktionskosten nicht in Anrechnung zu bringen — aber diese Preise gehen weit über berechnete Ansprüche hinaus; sie bedeuten Kriegsgewinne und nicht geringer Art. Dagegen erheben wir Einspruch.

. . . Das zu verhüten, verlangen wir, und wir bitten, daß die Regierung auch dann keine Bedenken aufkommen läßt, wenn sich ihre Maßnahmen gegen eine starke politische Interessengruppe im Reiche richten. Das Wohl des gesamten Volkes erfordert, daß wir zu erträglichen Zuständen in der Lebensmittelversorgung kommen.“

Dazu schreibt der „Vorwärts“:

Die Preistreiberei auf dem Lebensmittelmarkt wird von Tag zu Tag schlimmer. Die Zahl derer, die von der Regierung verlangen, daß sie nun endlich ohne Rücksicht auf die gewissenlosen Preistreiber mit fester Hand zugreift, wächst immer mehr. Es sind längst nicht mehr allein die Vertretungen der Arbeiterschaft, die sich an die Regierung um Abhilfe wenden und Anklagen erheben. Auch in den Kreisen des Mittelstandes und der weniger hoch besoldeten Beamtenschaft nimmt die Unzufriedenheit mit dem zögernden Vorgehen der amtlichen Stellen ersichtlich zu. Wahrhaftig, es wird die höchste Zeit, daß energisch eingegriffen wird.

Sofort nach dem Ausbruch des Krieges haben die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Regierung ihre Vorschläge zur Verhütung einer Lebensmittelnot unterbreitet, immer und immer wieder haben sie später auf die zunehmende Verschlimmerung der Zustände auf dem Lebensmittelmarkt hingewiesen und Abhilfe verlangt. Alles, was geschehen ist, geschah entweder zu spät oder nur halb.

Die Verhältnisse haben sich jetzt derart zugespitzt — nicht aus Mangel an den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern als Folge der gewissenlosen Spekulation! —, daß für das ganze Volk die größten Gefahren herausbeschworen werden, wenn nicht auf die unaufhörlichen „Erwägungen“ und Sitzungen verzichtet und endlich zur Tat geschritten wird.